

Öko-Institut e.V.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (SenStadtUm)

Berlin 09.09.2016

## Gemeinsame Erklärung

Aus den Ausführungen eines Vertreters des Öko-Instituts am 11. Juli 2016 bei dem „Fachgespräch Forschungsreaktoren in Deutschland – Probleme und Herausforderungen“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen war zu schließen, dass der Planungsradius für Evakuierungsmaßnahmen in der Umgebung des Forschungsreaktors BER II von der zuständigen Katastrophenschutzbehörde zu klein festgelegt worden sei und bis auf 10 km ausgeweitet werden müsse.

Zu diesem Themenkomplex fand am 07.09.2016 auf Initiative der SenStadtUm ein Fachgespräch zwischen Vertretern des Öko-Instituts, des BMUB und der SenStadtUm statt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben eine fachliche Diskussion zu den Annahmen geführt, die in die Ermittlung der Größe von Gebieten eingehen, in denen Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz vorgeplant werden.

Es besteht Einigkeit darüber, dass

- bei der Wahl der Randbedingungen und der konkreten Werte für einzelne Parameter ein großer Spielraum besteht und dies im Einzelfall auch diskussionswürdig sein kann. Dieser Spielraum ist gleichwohl erforderlich, um die Gegebenheiten einer bestimmten kerntechnischen Anlage und ihrer Umgebung in Ihrer Gesamtheit abzubilden. Für die Präsentation auf der Veranstaltung am 11. Juli 2016 hatte das Öko-Institut extrem konservative Randbedingungen für Eingangsparameter gewählt, wodurch die Radien erheblich von denen des gültigen Katastrophenschutzplanes abweichen.
- es für eine Katastrophenschutzplanung nicht sinnvoll ist, für jeden einzelnen Aspekt die ungünstigsten theoretisch denkbaren Annahmen zu unterstellen. Vielmehr muss es Ziel sein, ein außerordentlich unwahrscheinliches Ereignis möglichst konsistent in seinen Konsequenzen abzubilden und daraus angemessene Maßnahmen für den Bevölkerungsschutz abzuleiten. Es besteht Einvernehmen dahingehend, dass der derzeitige Katastrophenschutzplan für die Umgebung des Forschungsreaktors und die darin festgelegten Planungsradien diesem Anspruch genügen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die geplanten Maßnahmen im Ereignisfall bei Bedarf auch über die Planungsradien hinaus eingesetzt werden können.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Auffassung, dass die Katastrophenschutzplanung für die Umgebung des Forschungsreaktors BER II in Berlin-Wannsee auf Grund der Vielzahl von administrativen und organisatorischen Regelungen und der guten und kontinuierlichen Abstimmung aller beteiligten Behörden und Institutionen eine sehr gute Grundlage für die Bewältigung eines Ereignisses darstellt.

Insbesondere darf auch unterstellt werden, dass Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz so gut vorbereitet sind, dass sie auch außerhalb der jeweils in der Planung festgelegten Gebiete aktiviert werden könnten.